Internetpolitische Agenda – 20 Kernforderungen des eco Verbands

VERBAND DER INTERNETWIRTSCHAFT

1 Die nächste Bundesregierung muss ein **Digitalministerium** einrichten und mit ressortübergreifenden Kompetenzen sowie Budget ausstatten.

2 Deutschland braucht eine strukturierte und ambitionierte **Digitalstrategie mit klaren und messbaren Zielen**.

3 Die neue Bundesregierung muss **digitale Souveränität** forcieren, in Form von offenem Zugang zu Technologie, flächendeckend verfügbaren digitalen Infrastrukturen, innovationsfördernder Regulierung und Import von Wissen und Technologie.

4 Die Internetwirtschaft braucht **europaweit einheitliche digitalpolitische Rahmenbedingungen**, keine nationalen Alleingänge.

5 **Künstliche Intelligenz** muss denselben Regeln unterworfen sein, wie alle Produkte am Markt.

6 Die **Gigabitgesellschaft** muss in Deutschland bis 2025 Realität werden.

7 **Netzbetreiber** brauchen faire, wettbewerbs-, ausbau- und innovationsfördernde Rahmenbedingungen, um Gigabitnetze betreiben und ausbauen zu können.

8 Das Prinzip der **Netzneutralität** muss auch in Zukunft gewährleistet bleiben und durch die politischen Akteure in Berlin und Brüssel sichergestellt werden.

9 Die Politik muss einen ganzheitlichen Ansatz zur **Nutzung der Nachhaltigkeitspotenziale digitaler Technologien** entwickeln und diesen entschlossen verfolgen, beispielsweise durch einen sinnvoll gesteuerten Ausstieg aus fossilen Energieträgern in Deutschland, dem konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, der Ermöglichung der systematischen Abwärmenutzung von Rechenzentren, einem flächendeckenden Ausbau von Gigabitinfrastrukturen und dem Einsatz von 5G-Technologien.

10 Die Politik sollte im Dialog mit Anwendern und Anbietern einen **gemeinsamen Ansatz für die Gestaltung von IT-Sicherheit** verfolgen.

11 Der Einsatz und die Verwendung von **Verschlüsselungstechnologien** muss ausgebaut und gefördert werden.

12 **Ermittlungen und Strafverfolgung im Netz** dürfen nicht auf Kosten von Bürgerrechten sowie der Sicherheit von Diensten und Netzen gehen.

13 Der Gesetzgeber muss **konsistente und einheitliche Datenschutzregeln für alle Beteiligten** entwickeln und **Datenzugang und -nutzung** für Bürger, Unternehmen sowie Verwaltung durch eindeutige Erlaubnistatbestände klären.

14 Der Staat darf die **Verantwortung für die Rechtsdurchsetzung im Netz** nicht auf private Unternehmen abwälzen.

15 Das **Notice and Take Down Prinzip** muss Basis und Grundlage für die europäische Rechtsdurchsetzung im Netz bleiben und darf nicht durch Uploadfilter oder andere nationale Gesetzgebung konterkariert werden.

16 Das **Urheberrecht** braucht ein weiteres Upgrade auf das digitale Zeitalter.

17 Die Politik muss **funktionierenden Wettbewerb** sicherstellen und darf nicht digitale gegen andere Geschäftsmodelle ausspielen.

18 Wir brauchen **international einheitliche, klare und verhältnismäßige Regelungen zur Besteuerung** für alle Unternehmen und Geschäftsmodelle. Digitale Geschäftsmodelle dürfen nicht diskriminiert werden.

19 Der Gesetzgeber soll Initiativen zur Nutzeraufklärung über geltende Rechte und Pflichten im digitalen Raum sowie Maßnahmen zur **digitalen Bildung und Ethik sowie Medienkompetenz** intensiver fördern.

20 Die Politik muss die **digitale Transformation des Bildungssystems** in Deutschland energisch vorantreiben, Initiativen für mehr **Partizipation und Teilhabe durch Digitalisierung** stärker fördern und die **Medienordnung** dem digitalen Zeitalter anpassen.